

# Antrag Nr. 14-F-33-0102

## CDU und SPD

---

### Betreff:

Beschäftigungsmaßnahmen des Bundes  
-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 17.09.2014-

### Antragstext:

Der Bund führt regelmäßig Beschäftigungsmaßnahmen durch, mit denen auch in Wiesbaden Arbeitslosigkeit bekämpft wird. Diese Beschäftigungsmaßnahmen sowie ihre finanzielle Ausstattung unterliegen häufig Veränderungen.

Dies ist besonders bei Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung problematisch, da den Teilnehmern an einer solchen Maßnahme die Arbeitslosigkeit droht. Aktuelles Beispiel ist das Projekt „Chance 50 plus“ in AKK.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a) welche Maßnahmen des Bundes zur Beschäftigungsförderung mit und seit der ‚Instrumentenreform‘ ausgelaufen sind bzw. bei welchen Maßnahmen es zu finanziellen Kürzungen für Wiesbaden gekommen ist;
- b) welche Projekte zur Beschäftigungsförderung nach dem Auslaufen bzw. der Reduktion der Fördermittel mit städtischen Geldern weitergeführt wurden beziehungsweise noch werden;
- c) wie viel die Stadt die Weiterführung der ehemals geförderten Projekte pro Jahr gekostet hat, derzeit kostet und zukünftig kosten wird beziehungsweise würde.

Wiesbaden, 18.09.2014